

Der Nord-Süd-Konflikt

Der Sudan ist in seiner heutigen Form das Produkt kolonialer Grenzziehung sowie die völlig unvorbereitete Entlassung in die Unabhängigkeit, die schon bald im Süden zu kriegerischen Auseinandersetzungen führen sollte.

1963 bildeten sich im Süden Guerilla-Aktivitäten, bis im Jahr 1973 durch ein Abkommen ein fragiler Friedenszustand erreicht wurde. Zehn Jahre später kam es durch die Einführung der Schariah als verbindliche Rechtsgrundlage für den gesamten Sudan zu einem erneuten Bürgerkrieg, der über zwei Millionen Menschen das Leben kostete. Geführt wurden die Rebellen im Süden von der „Sudan Peoples' Liberation Movement/Army“ (SPLM/A), die schließlich im Jahr 2005 mit der Zentralregierung und unter Mitwirkung der Internationalen Gemeinschaft über ein weiteres Friedensabkommen sowie ein Referendum über die vollständige Unabhängigkeit des Südsudans für das Jahr 2011 entschieden, was zusätzlich Sezessionsbestrebungen Darfurs und den endgültigen Zerfall des Sudans zur Folge haben könnte.

Darfur

Die Provinz Darfur liegt im Westen des Sudans und grenzt an Tschad und Lybien. Nord- und Süd-Darfur sind Gebiete kamel- und rinderzuchtender Nomaden, wohingegen im Westen vor allem sesshafte Bauern leben, deren Großteil dem Stamm der Fur angehört. Während diese sich selbst als Schwarzafrikaner bezeichnen, sind viele der Nomaden arabischer Herkunft.

Trotz der Tatsache, dass sowohl Nomaden als auch Bauern zum größten Teil Muslime sind, spielen die ethnischen Unterschiede für den Konfliktverlauf eine tragende Rolle. Des Weiteren waren die Nomaden infolge der Trockenheit gezwungen, in Gebiete der sesshaften Bauern auszuweichen. Hinzu kommt die schon erwähnte politische Isolation, an der sich trotz der Wahlversprechen von Präsidentschaftskandidaten bis heute nichts geändert hat. Um sich Wählerstimmen zu sichern, instrumentalisierten Politiker verschiedener Lager die unterschiedliche Herkunft der Darfuris. Bereits im erbittert geführten Parlamentswahlkampf von 1968 wurden die Wahlprogramme der mittlerweile zweigeteilten konservativen und



BILD: MARTHA PILZFOTO: PIA ZAUNMAIR

„Help Darfur“ – ein künstlerisch verarbeiteter Appell der ProjektteilnehmerInnen.

islamtreuen Ummapartei mit rassistisch-kultureller Rhetorik aufgeladen. Vor allem in Darfur blieb die extreme Ethnisierung als Folge des Wahlkampfes ein andauernder Konfliktpunkt.

Auch die von 1969 bis 1985 währende Militärdiktatur änderte an dieser prekären Situation nichts – im Gegenteil: die Spannungen zwischen „arabischen“ Nomaden und „schwarzafrikanischen“ Bauern verschärften sich und eskalierten 1984 infolge einer großen Dürre. Als Folge des Konfliktes zwischen Lybien und dem Tschad bewaffnete – gewissermaßen als „Wahlkampfgeschenk“ für den Präsidentschaftskandidaten Sadiq al-Mahdi – Muammar Gaddafi „arabisierte“ Darfuris. Der Tschad unterstützte „afrikanische“ Stämme, was in der Führung eines Stellvertreterkrieges in Darfur resultierte. Während die Kämpfe in Darfur anhielten, gelangte der Militäroffizier Umar al-Bashir durch einen Putsch 1989 in das Amt des Präsidenten. Im April 2003 griff die SPML/A einen Flughafen in Nord-Darfur an, was die sudanesishe Regierung als Anlass nahm, gegen die „afrikanischen Aufständischen“ vorzugehen. Die Angriffe, darunter Bombenabwürfe auf Darfur und Überfälle durch die Janjaweed (von der Regierung bewaffnete Söldnermilizen) dauern bis heute an. Millionen von Menschen sind als Binnenvertriebene auf der Flucht, weitere 200 000 flohen über die Grenze in den Tschad, 300 000 kamen bisher ums Leben. Internationale Hilfsorganisationen

wurden von der Regierung an der Einreise gehindert und Mitarbeiter von Internationalen Nichtregierungsorganisationen wurden angegriffen. Auf Druck der Vereinten Nationen stimmte die sudanesishe Regierung einer gemeinsamen Mission von UN und Afrikanischer Union zu (UNAMID – African Union/United Nations Hybrid operation in Darfur) befindet sich seit Anfang 2008 im Aufbau, parallel dazu läuft seit Mitte 2008 eine militärische Operation des UN-Sicherheitsrates zum Schutz der Flüchtlinge im Osten des Tschad und Nordosten der Zentralafrikanischen Republik.

Der Druck auf al-Bashir hat sich jedoch mittlerweile sowohl im eigenen Land – durch Angriffe der Rebellenorganisation JEM auf Gebiete nahe Khartum im Mai 2008 – als auch auf internationaler Ebene durch den Haftbefehl des IStGH verstärkt, auch, wenn, wie eingangs zu lesen war, al-Bashir meint, sich davon nicht beeindrucken zu lassen.

Quellen:

Janina Eckhoff/Philipp Kumria/Corinna Sinkowicz/Saskia Thorbecke, *Darfur – Ein Krieg um Macht, Ressourcen und Identität. Hintergründe und Perspektiven*, Gießen 2008, 2-14
 Aktionsgruppe „Für Darfur“, *Plakatausstellung „Für Darfur“* unter www.fuerdarfur.de
 Die Ausstellung kann beim Friedensbüro Salzburg auf Anfrage entliehen werden.